

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 98/39
Telex: 08 88 846-46 pbbn d

Inhalt

34. Jahrgang / 90

11. Mai 1979

Egon Bahr MdB wendet sich gegen Polemik in der Kernenergie-Diskussion.

Seite 1

Gerhard Flämig MdB/MdEP zeigt Bemühungen der EG-Kommission für die Reaktor-Sicherheitsforschung auf.

Seite 2

Kurt Mattick MdB setzt sich mit dem herabsetzenden Begriff "Finnlandisierung" auseinander.

Seite 3

Herbert Bermeltinger gibt einen Ausblick auf die Wahl Klaus von Dohnanyis zum neuen SPD-Landesvorsitzenden in Rheinland-Pfalz am 12. Mai.

Seite 4

Wilhelm Nölling, Hamburgs Finanzsenator, weist Bayerns Antrag zurück, die Mehrwertsteuererhöhung auszusetzen.

Seite 5

Dokumentation

Herbert Wehner erinnert an EntschlieÙung zum § 218.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

"Kernenergie: Polemik löst keine Probleme"

Von Egon Bahr MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die Haltung der SPD in Sachen Energiepolitik und speziell zur friedlichen Nutzung von Kernenergie ist in einem Beschluß des Parteitages 1977 in Hamburg in ihren Grundsätzen niedergelegt. Diese Grundsätze kommen auch in einer EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 14. Dezember 1978 zur Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung voll zum Ausdruck. Die Stellungnahme der Bundesregierung nach dem Unfall im Kernkraftwerk Harrisburg/USA vom 4. April 1979 fügt sich voll in diesen Rahmen ein.

In jedem dieser drei Dokumente sind die energiepolitische Priorität für die Kohle und ein unmißverständlicher Vorrang des Schutzes von Leben und Gesundheit der Bevölkerung vor Gefahren der Kernenergie vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten als Kernstücke zu finden.

Die Äußerungen von Bundeskanzler Helmut Schmidt gerade auch in Hamburg zu Fragen der Nutzung von Kernenergie stimmen mit den Positionen von Partei und Bundestagsfraktion der SPD überein.

Vorwürfe eines der stellvertretenden Vorsitzenden der Jungsozialisten, Reinhard Schultz, an die Adresse des Bundeskanzlers zeugen daher von mangelnder Sachkenntnis und von Leichtfertigkeit des Absenders. Daß Helmut Schmidt dabei als "Atomkanzler" apostrophiert wird, ist mehr als ein falscher Zungenschlag. Hier werden Assoziationen zur militärischen Seite der Atomenergie mit der Person von Bundeskanzler Helmut Schmidt in Kauf genommen, die bei aller Fahrlässigkeit im Umgang mit Begriffen eine Entgleisung sind.

(-/11.5.1979/ks/ca)

+ + +

EG-Kommission beantragt Millionen für Reaktorsicherheits-Forschung

Sozialdemokraten im Europaparlament für mehr Effizienz der gemeinsamen Forschungsstelle

Von Gerhard Flämig MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

In der letzten Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Luxemburg stimmten die Europa-Parlamentarier dem von der EG-Kommission vorgeschlagenen Mehrjahres-Forschungsprogramm für 1980 bis 1983 zu, das Ausgaben von rund 1,35 Milliarden DM für die gemeinsame Forschungsstelle der EG vorsieht und dessen Sachausgaben zu 48 Prozent für Reaktorsicherheitsforschung vorgesehen sind. Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments stimmte dem Programm zu und betonte, daß nach dem Reaktorstörfall von Harrisburg der systematischen Forschung nach mehr nuklearer Sicherheit zentrale Bedeutung zukomme. Dies sei auch eine echte Gemeinschaftsaufgabe, denn ein einzelner Staat könne immer in die Gefahr kommen, aus nationalen Gesichtspunkten Rücksicht nehmen zu müssen, die im Interesse der Sache nicht genommen werden dürften.

Weitere Schwerpunkte des Programmes der direkten, das heißt mit eigenen Wissenschaftlern und Technikern vorgenommenen Forschung der EG, sind neue Fernerkundungstechniken von Verschmutzungen der Luft und des Wassers im Zusammenhang mit dem Umweltschutz. Auch die Sonnenenergie ist ein Forschungsschwerpunkt im Forschungszentrum Ispra/Italien.

Die Sozialistische Fraktion äußerte Skepsis in Bezug auf die notwendige Effizienz der gemeinsamen Forschungsstelle. Der Rechnungshof habe schwerwiegende Mängel festgestellt. Die Sozialisten forderten die Kommission auf, diesen Bericht ernstzunehmen, entschlossen durchzugreifen und notfalls auch harte Maßnahmen nicht zu scheuen. EG-Kommissar Guido Brunner bezeichnete die gemeinsame Forschungsstelle als ein armes Kellerkind, dessen Eltern - der Ministerrat - nichts mehr von ihm wissen wollten, und das in Gefahr sei, ein Kind mit Zwergwuchs, ein kleiner Blechtrommler, quasi der Oskar Matzerath der Forschung zu sein. Trotzdem müsse man froh sein, diese gemeinsame Forschungsstelle zu haben, die wissenschaftliche technische Erkenntnisse nach dem Unfall von Harrisburg auf Gemeinschaftsebene erarbeiten könne. Unter Umständen sei sogar mit noch mehr Mittelanforderungen für die Reaktorsicherheit zu rechnen.

Zuvor hatte Vizepräsident Antali angekündigt, die EG werde eine unabhängige Wissenschaftlerkommission berufen, die Vorschläge für Maßnahmen nach dem Harrisburg-Störfall erarbeiten soll.

(-/11.5.1979/ks/ca)

+ + +



Finnlandisierung - Ein Spottbild gegen Finnland

Finnische Regierungspolitik alles andere als Kapitulation auf Raten

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Innerdeutsche Beziehungen

Der Besuch des finnischen Präsidenten in der Bundesrepublik Deutschland ist Anlaß genug einiges über dieses Land zu sagen und die Beziehungen zu würdigen.

Dieses war der erste Besuch eines finnischen Präsidenten in der Bundesrepublik, nachdem unser Präsident bereits vor drei Jahren in Helsinki war.

Die Distanz nach dem 2. Weltkrieg brauchte Zeit, um überwunden zu werden. Man kann wohl den Besuch des Präsidenten Kekkonen als den Abschluß der Schwierigkeiten der Vergangenheit zwischen uns und Finnland betrachten. Heute ist das Verhältnis nicht nur problemlos sondern sehr gut. Der Gast wird sicher einige Hiesmacher überzeugt haben, daß die finnische Regierungspolitik alles andere ist als eine Kapitulation in Raten. Es ist in der Tat verletzend und böswillig, wenn man versucht mit dem Namen der Finnen eine Politik der Unterwerfung zu verbinden.

Wer sich mit der Geographie und der Einwohnerzahl sowie der Landfläche vertraut macht und die Großmacht Sowjetunion, welche den Staat quasi umarmt, wird wohl begreifen, daß die Neutralität die einzig mögliche Politik sein kann. Finnland hat schließlich im 2. Weltkrieg sich selbst seine Freiheit mit großen Opfern erhalten. Wenn sich nun dieser kleine Staat bemüht, mit der Weltmacht Sowjetunion als Nachbar in Frieden die eigene Freiheit zu erhalten, ist das wohl eine Politik ohne brauchbare Alternative. Wenn nun bestimmte Kreise in den USA und in Bonn es für richtig halten, diese finnische Haltung als Kapitulation zu verleumden und mit dem Begriff Finnlandisierung ein Spottbild gegen Finnland aufzubauen, bedeutet dies eine grobe Verletzung eines mutigen und souveränen kleinen Volkes. Finnland hat sich nicht isoliert. Es hat in der skandinavischen Gemeinschaft, zu der auch Schweden, Norwegen und Dänemark gehören, einen festen Platz.

Es bringt im Verhältnis zu seiner Größe für seine Sicherheit mehr Leistung auf als einige NATO-Partner. Das finnische Volk ist selbstbewußt. Der Lebensstandard ist der westeuropäischen Lage angeglichen und stabil. Alle politischen Kräfte sehen ihre Sicherheit nur in der Fortsetzung der Entspannungspolitik.

Dankbar sollen wir sein, daß die finnische Führung einen großen Anteil an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) hat. Schließlich ist das KSZE-Dokument in Helsinki unterschrieben worden, wo die erste KSZE-Konferenz dank der starken Initiative des finnischen Präsidenten stattgefunden hat. Bei meinen kürzlichen Gesprächen in Helsinki fiel mir auf, mit welchem Engagement heute schon die Politik auf Madrid der nächsten KSZE-Konferenz gerichtet ist.

(-/11.5.1979/hf/ca)



Landesvorsitzender - nicht parlamentarischer Oppositionsführer

Staatsminister Klaus von Dohnanyi wird am 12. Mai
neuer Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz
Von Herbert Bermeitinger

Sprecher des Landesverbandes und der Landtagsfraktion der SPD-Rheinland-Pfalz

Am bevorstehenden Wochenende findet in Ludwigshafen ein außerordentlicher Parteitag der rheinland-pfälzischen SPD statt. Anlaß für diesen Sonderparteitag ist die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden: Der erfolgreiche Spitzenkandidat der SPD-Landtagsfraktion bei der Landtagswahl vom 18. März, Staatsminister Dr. Klaus von Dohnanyi, soll noch vor der konstituierenden Sitzung des Landtags und vor der Wahl des Ministerpräsidenten zum neuen Landesvorsitzenden der Partei gewählt werden.

Möglich wurde diese sichtbare landespolitische Verankerung des Staatsministers und Bundestagsabgeordneten dadurch, daß der bisherige Landesvorsitzende Hans Schweitzer nach dem auch für ihn erfolgreichen Landtagswahlkampf Klaus von Dohnanyi den Landesvorsitz anbot, den er als Nachfolger von Wilhelm Dröscher 1977 übernommen hatte. Hans Schweitzer wird künftig als Vorsitzender des SPD-Bezirks Rheinland-Hessen-Nassau, als stellvertretender Landesvorsitzender und als Vizepräsident des Landtages wirken - sowie an der Spitze der IG Chemie, Papier, Keramik für Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Die gemeinsame Entscheidung der SPD, Klaus von Dohnanyi zu bitten, sein Bonner Regierungsamt nicht aufzugeben, falls er nicht Ministerpräsident würde, hat CDU-Ministerpräsident Dr. Vogel kritisiert als Täuschung des Wählers und als Ausdruck von "Arroganz".

Aber weder Klaus von Dohnanyi noch die SPD haben den Wähler irreführt: Partei und Spitzenkandidat haben vor der Landtagswahl klar gesagt, daß sie die personelle Aufgabenteilung für die Landespolitik nach der Landtagswahl sorgfältig beraten und entscheiden werden. Der Beschluß des Landesvorstandes vom 26. März lautete dann, daß der seit zehn Jahren für Rheinland-Pfalz im Bundestag und im Bundeskabinett wirkende Staatsminister sein landespolitisches Engagement in vollem Umfange beibehalten, aber die für das Land wichtige Funktion in der Bundesregierung nicht aufgeben sollte. Der Vorschlag, Klaus von Dohnanyi am 12. Mai 1979 zum Landesvorsitzenden der SPD Rheinland-Pfalz zu wählen, ist Ausdruck dieser gemeinsam entwickelten Vorstellung, in der Landespolitik zu wirken, ohne das Amt des Fraktionsvorsitzenden im Landtag zu übernehmen.

Ministerpräsident Vogel hat noch vor einem Jahr Staatsminister von Dohnanyi das landespolitische Engagement abgesprochen. Wahlkampf und Wahlausgang haben die verleumderische Kampagne der CDU (zum Beispiel "rotes Kuckucksei", "Durchreisender") eindeutig wiederlegt. Wenn Vogel heute von "Arroganz" spricht, weil die SPD Rheinland-Pfalz mit Staatsminister von Dohnanyi eine einflußreiche Arbeit im Lande und im Bund verbinden will; so ist dies ein Vorgang peinlicher Heuchelei! Was Vogel - ohne Regierungsverantwortung in Bonn - für Weizsäcker in Berlin, für Dregger in Hessen und für Blumenfeld in Hamburg gelten lassen will, soll bei Staatsminister von Dohnanyi unzulässig und Mißachtung des Wählerwillens sein?

Die öffentliche und veröffentlichte Meinung hat die Entscheidung der SPD Rheinland-Pfalz, bundes- und landespolitisches Engagement Dohnanyis sinnvoll zu verbinden, positiv bewertet. Der Parteitag am 12. Mai wird deshalb auch eine sehr klare Mehrheit für Staatsminister Klaus von Dohnanyi bringen, der gemeinsam mit Hans Schweitzer und dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden Karl Thorwirth das beste Landtagswahlergebnis seit Bildung des Landes Rheinland-Pfalz zu erringen vermochte. (-/10. 5.1979/hi/ca)



Mehrwertsteuererhöhung gerechtfertigt und notwendig

Bayern-Antrag: "Es muß was geschehen, aber passieren darf nichts."

Von Dr. Wilhelm Nöbling

Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Der bayerische Bundesrats-Antrag zur Rücknahme der zum 1. Juli 1979 beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung, der mit Preisanstieg und konjunkturellen Steuermehreinnahmen begründet wird, ist sachlich nicht gerechtfertigt. Man muß befürchten, daß er das Gegenteil von dem bewirkt, was die Bayern angeblich wollen: nämlich eher noch höhere Preissteigerungen

Die Mehrwertsteuererhöhung ist Teil der im vergangenen Jahr gefaßten wachstumspolitischen Beschlüsse der Bundesregierung. Der Steuerzahler hat bisher zu Recht darauf vertraut, daß an beschlossenen Steueränderungen - seien es Erhöhungen oder Senkungen - auch festgehalten wird. Verbraucher und Unternehmer haben sich praktisch und psychologisch auf die Wohltaten der Bonner Beschlüsse, aber auch auf die Mehrwertsteuererhöhung eingestellt. Beispielsweise haben die Betriebe in ihrer Preisgestaltung nicht nur die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1979, sondern gleichzeitig die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Dazu gehören andere, weitaus gewichtigere preissteigende Faktoren wie zum Beispiel die starke Verteuerung der Rohstoffe auf dem Weltmarkt, die zusammen mit der Stabilisierung des Dollarkurses zu einem Tendenzumschwung bei den Einfuhrpreisen geführt haben. Die Situation ist deshalb heute anders als 1978, als der Wettbewerbsdruck von den Importpreisen eine preisneutrale Anpassung der Mehrwertsteuer ermöglichte.

Ich gehe davon aus, daß die Unternehmer die Gunst der Stunde nutzen und angesichts des ohnehin steigenden Preisniveaus versuchen werden, höhere Gewinnmargen durchzusetzen, so daß eine Rücknahme der Mehrwertsteuererhöhung die einmal kalkulierten Preise nicht ändern würde. Es ist eher zu befürchten, daß bei einem Hinausschieben, der Steuererhöhung auf einen späteren Termin die Unternehmen ihre Preise dann erneut nach oben korrigieren würden.

Weil das sogenannte flexible Reagieren Bayerns doch wohl nicht zu diesem Ergebnis führen soll, sehe ich den Sinn des Gesetzentwurfs nur darin, eine Mehrwertsteuererhöhung überhaupt zu verhindern. Diese Entscheidung wäre aber aus finanzwirtschaftlichen Gründen nicht zu vertreten. Die zu erwartenden konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen, die nach Ansicht Bayerns die Mehrwertsteuererhöhung überflüssig machen, ermöglichen eine angesichts des steigenden Zinsniveaus notwendige Reduzierung der geplanten öffentlichen Kreditaufnahme und eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Ich halte es für eine unsolide Finanzwirtschaft, wenn die Erträge der mit einer hohen Kreditaufnahme finanzierten Ausgabenprogramme nicht zur Senkung dieser Kreditbelastung verwendet werden. Wir müssen in der gegenwärtigen Phase konjunkturelle Belebung auch unsere Haushalte konsolidieren, um gerüstet zu sein für Maßnahmen gegen eine mögliche Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung.

All diese Überlegungen sind natürlich auch den Initiatoren des Gesetzentwurfs bekannt. Deshalb besteht der Eindruck, daß dem bayerischen Antrag sehr vordergründige Motive zugrunde liegen. Offenbar ist nach dem kürzlich von Minister Streibl zitierten Ausspruch des Kaiser Franz Josef I. gehandelt worden: "Es muß was geschehen, aber passieren darf nichts."
(-/11.5.1979/hl/ca)

+ + +



Dokumentation

Zu dem in jüngster Zeit wieder aufflammenden Streit um die Anwendung des reformierten § 218 hat der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, den Mitgliedern der Fraktion das folgende Schreiben zugestellt:

"Sinn der Reform des § 218 war nicht die Beseitigung des Schutzes des werdenden Lebens, sondern seine Verbesserung. In der von den Fraktionen der SPD und FDP im Deutschen Bundestag eingebrachten EntschlieÙung vom 26. April 1974 wurde unmiÙverstandlich zum Ausdruck gebracht:

1. Der Schutz des ungeborenen Lebens ist der Staatsgewalt sowohl als sozialpolitische als auch als strafrechtliche Aufgabe gestellt. Wegen der besonderen Beziehungen zwischen der Schwangeren und dem Kind erfordert dieser Schutz Regelungen besonderer Art, die aus anderen sozialen Bereichen nicht ohne weiteres übertragen werden können.
2. Die Reform des § 218 StGB muß erreichen, daß der sozialpolitische und der strafrechtliche Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens sinnvoll und wirksam aufeinander abgestimmt werden, nachdem sich in der Vergangenheit erwiesen hat, daß die unbedingte Strafbedrohung des Schwangerschaftsabbruchs
 - im Sinne des Lebensschutzes weitgehend unwirksam geworden ist,
 - Angebote des sozialstaatlichen Schutzes - Beratung und Hilfe für Schwangere, Mütter und Kinder - oft ins Leere stoßen läßt,
 - insofern Rechtsungleichheit zur Folge hatte, als für Geld und bei entsprechender Redegewandtheit Schwangerschaftsabbruch schon bisher faktisch straf-frei war,
 - zu unsachgemäß durchgeführten Schwangerschaftsabbrüchen und dabei zu Schäden an Leben und Gesundheit von Schwangeren geführt hat.
3. In vielen Fällen, in denen die Fortsetzung der Schwangerschaft wegen einer persönlichen oder sozialen Notlage der Schwangeren bedroht ist, wird das Leben des Ungeborenen durch eine einfühlsame und helfende Beratung erhalten werden können. Damit rückt die Beratung in den Mittelpunkt der insgesamt auf Lebensschutz gerichteten Maßnahmen...
4. Der Deutsche Bundestag wird dafür Sorge tragen, daß kein Arzt und kein Angehöriger der medizinischen Berufe gezwungen werden kann, gegen seinen Willen an einem Schwangerschaftsabbruch mitzuwirken, sofern die Mitwirkung nicht zur Abwendung des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung der Schwangeren erforderlich ist.
5. Der Deutsche Bundestag nimmt sich in die Pflicht, weiter auf kinderfreundliche und kindgemäÙe soziale Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland hinzuwirken. Er appelliert an die Länder, Gemeinden, Kirchen, Verbände, freien Grup-



pen und alle Bürger, für den raschen Aufbau der Beratungsstellen Sorge zu tragen und - die Sozial- und Familiengesetzgebung ergänzend - Schwangeren, Müttern und Kindern zu helfen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß ledigen Müttern und nichtehelichen Kindern auch nicht mit verdeckter Diskriminierung begegnet wird.

6. Der Deutsche Bundestag bekräftigt, daß der Konsens über die Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit des ungeborenen menschlichen Lebens durch die neue Zuordnung der staatlichen Hilfs- und Schutzmaßnahmen zueinander nicht angetastet wird. Er ist besorgt über Äußerungen, in denen dies bestritten wird, und weist solche Äußerungen zurück. Er wird auch allen etwaigen Bestrebungen entgegentreten, die darauf gerichtet sein könnten, den Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens einzuschränken oder gar gänzlich aufzuheben.¹

Diese Grundgedanken sind unverändert gültig. Die vorgesehene Beratung hat eine vom Gesetz genau umschriebene Funktion zu erfüllen. Die SPD-Bundestagsfraktion wendet sich dagegen, daß die Beratung in Einzelfällen zur Farce wird; ebenso verurteilt sie Aktivitäten, die Schwangere letztlich zu einem Hindernislauf nötigen und die dazu führen, daß Mißstände wie Gesundheitsgefährdung und Abdrängung in die Illegalität, die die Reform beseitigen wollte, neu aufleben.

Für uns ist das vom Gesetz garantierte Weigerungsrecht der Ärzte und des medizinischen Personals, an Schwangerschaftsabbrüchen mitzuwirken, selbstverständlich. Wir wehren uns gegen Versuche von kommunalen Krankenhausträgern, das Gesetz unter Berufung auf verordnete kollektive Gewissensentscheidungen zu unterlaufen."

(-/11.5.1979/va-he/oa)

Verantwortlich: Willi Carl

